

Liebe Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands!

Sie beraten heute über den Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der CDU. Es soll das derzeitige Grundsatzprogramm von 2007 ablösen und wird die politische Ausrichtung Ihrer Partei künftig maßgeblich bestimmen.

Der Entwurf bekennt sich ausdrücklich zur Achtung der Würde des einzelnen Menschen, zu den Grund- und Menschenrechten und zu unserem Rechtsstaat. Das ist richtig und notwendig angesichts der Anfeindungen, denen sich unsere Demokratie derzeit ausgesetzt sieht. Wir sind deshalb sehr besorgt darüber, dass dieses Bekenntnis ausgerechnet bei der Frage des Schutzes für geflüchteten Menschen folgenlos bleiben soll und dem individuellen Flüchtlingsschutz im Entwurf eine grundsätzliche Absage erteilt wird.

Wörtlich heißt es darin: *"Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden und dort ein Verfahren durchlaufen. Im Falle eines positiven Ausgangs wird der sichere Drittstaat dem Antragsteller vor Ort Schutz gewähren."*

Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, könnten dann in Deutschland und der Europäischen Union keinen individuellen Schutz mehr beantragen. Stattdessen würden sowohl die Prüfung ihrer Schutzbedürftigkeit als auch die Schutzgewährung sogenannten „sicheren Drittstaaten“ außerhalb der EU übertragen.

Mit der geplanten „Auslagerung“ des Flüchtlingsschutzes

- würden die EU und Deutschland sich einer Verpflichtung entledigen, die unmittelbar aus dem christlichen Menschenbild abzuleiten ist und maßgeblich aus den Erfahrungen des Dritten Reichs resultiert;
- würden Staaten zu „Subunternehmern“ gemacht, auf deren politische, gesellschaftliche

und rechtliche Entwicklung Deutschland und die EU genauso wenig direkten Einfluss nehmen können wie auf deren Umgang mit schutzsuchenden Menschen;

- würde die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) verletzt, die die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet hat. Denn Kern des internationalen Flüchtlingsschutzes ist es gerade, dass niemand an einer Grenze abgewiesen werden darf, ohne dass vorher in einem fairen und rechtsstaatlichen Verfahren geprüft wurde, ob der Person eine menschenrechtswidrige Behandlung droht.

Die freiwillige kollektive Aufnahme von Flüchtlingen in Europa, die laut Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogramms an die Stelle des individuellen Asylrechts treten soll, würde aus einem einklagbaren Recht auf Schutzgewährung im Bedarfsfall einen staatlichen Gnadenakt machen, der von politischen Mehrheiten und gesellschaftlichen Stimmungen abhängig wäre.

Die Erfahrungen von Millionen Menschen, die in der Zeit des Dritten Reiches verzweifelt ein Aufnahmeland gesucht und nicht gefunden haben, macht deutlich: Das wäre ein menschenrechtlicher Irrweg!

Wir appellieren deshalb an Sie als Mitglied der Christlich-Demokratischen Union, nicht zuzulassen, dass Ihre Partei eine wichtige Lehre aus der deutschen Geschichte einfach über Bord gehen lässt. Treten Sie ein für eine allumfassend wertorientierte Programmatik Ihrer Partei, zu der – auch in herausfordernden Zeiten - notwendigerweise auch das Bekenntnis zum individuellen Asylrecht gehören muss. VIELEN DANK!

Sie wären damit im Übrigen nicht alleine: Zu allen Zeiten haben sich führende Politikerinnen und Politiker der Christlich-Demokratischen Union immer wieder klar zum individuellen Flüchtlingsschutz bekannt.



Konrad Adenauer, Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Union von 1950 bis 1966 und erster Kanzler der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1963

„Die Flüchtlingsnot ist für uns noch keine Angelegenheit der Vergangenheit. Keinen Tag gibt es, an dem nicht wiederum Menschen sich gezwungen sehen, Heimat und Besitz zu verlassen, um in der Freiheit der Bundesrepublik Zuflucht zu suchen. Wir wollen auch nicht vergessen, dass das Flüchtlingsproblem ein Weltproblem ist und dass nicht nur Deutsche ihre Heimat verloren haben. Die Zahl der Flüchtlinge in der Welt ist heute größer als vor zehn Jahren. Auch ihrer Not, ihrer Sorge wollen wir gedenken, wenn wir jetzt von dem Schicksal der Vertreibung sprechen, das vor zehn Jahren über Millionen Deutsche hereingebrochen ist.“

(Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 139 vom 29. Juli 1955, S. 1173f)

Helmut Kohl, Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Union von 1973 bis 1998 und sechster Kanzler der Bundesrepublik Deutschland von 1982 bis 1998

„Es gehört zu den Erfahrungen aus deutscher Geschichte, nicht zuletzt der Christlich Demokratischen Union, dass das Asylrecht heilig sein soll für jeden, der aus religiösen, politischen und sonstigen Gründen wirklich verfolgt wird. Wer in Gefahr für Leib und Leben ist, muss hier Zuflucht finden können. Diejenigen, die zu einem Kahlschlag raten, können dies nicht im Rahmen der Christlich Demokratischen Union tun.“

(Rede vor dem CDU-Bundesvorstand am 30. August 1991)

Angela Merkel, Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union von 2000 bis 2018 und achte Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland von 2005 bis 2021

"Das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte kennt keine Obergrenze. Das gilt auch für die Flüchtlinge, die aus der Hölle eines Bürgerkriegs zu uns kommen"

(Interview mit der Rheinischen Post am 11. September 2015)

„Wir schaffen das. Ich kann das sagen, weil es zur Identität unseres Landes gehört, Größtes zu leisten. Abschottung im 21. Jahrhundert ist keine vernünftige Option. (...) Es kommen keine Menschenmassen, sondern es kommen einzelne Menschen zu uns. Niemand, egal warum er sich auf den Weg macht, verlässt leichtfertig seine Heimat.“

(Rede beim Bundesparteitag der CDU am 14. Dezember 2015 in Karlsruhe)

Armin Laschet, Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Union von 2021 bis 2022 und Kanzlerkandidat der CDU und CSU zur Bundestagswahl 2021

„Das Asylrecht kennt keine Obergrenze. Wer politisch verfolgt ist, kann das Asylrecht in Anspruch nehmen.“

(Zweites „Triell“ der Kanzlerkandidat/innen zur Bundestagswahl 2021 am 11. September 2021)

Karl-Josef Laumann, NRW-Arbeitsminister seit 2005 Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) und Mitglied im Bundesvorstand der CDU

„Wir können sehr stolz auf das Asylrecht sein, das unsere Vorfahren in die Verfassung geschrieben haben. Sie waren Zeitzeugen des Nazi-Regimes, haben Verfolgung aus politischen, religiösen und anderen Gründen selbst erlebt.“

(Interview im Wochenmagazin „Stern“ am 5. Oktober 2023)